nabend. 28. Januar 1922 • 51. Jahrgang — Abend-Ausgabe — Einzelnummer 50 Pf.

Berliner Tageblatt

Nr. 48 — und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die ablehnende Haltung Hardings gegenüber Genua.

Die „Verantwortlichkeit Frankreichs".

Riesenheere Frankreichs und Rußlands". — Harding für eideutige Bekanntgabe des amerikanischen Standpunktes. o Georges Entschluß zu persönlicher Teilnahme an der Konferenz.

London, 28. Januar. (W. T. B.)

n Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post" zufolge räsident Harding über seine Antwort auf die adung zur Konferenz in Genua bereits Be- ß gefaßt. **Er werde die Einladung ablehnen, mit Begründung, daß es für die Vereinigten Staaten zweck- ei, an der Wirtschaftskonferenz von Genua teilzu- en, solange Frankreich und Rußland ihre Riesenheere eichterhielten.** Der Berichterstatter bemerkt, es werde für Frank- nicht angenehm sein, in dieser Beziehung in Verbindung mit land gebracht zu werden. Präsident Harding sei jedoch Ansicht, es sei notwendig, daß die Ansicht der Vereinigten en so klar dargelegt werde, daß Mißverständ- e ausgeschlossen werden. Sowohl innerhalb wie auch halb des Kabinetts werde auf Harding eingewirkt, Antwort abzuschwächen und nicht die Tür zu verschließen. ebe ein politisches Element, daß Frankreich durch nd dünn unterstütze, dann ein anderes Element, das un- lich auf die Anerkennung der Sowjetregierung eite, und ein drittes finanzielles Element, das Hinsicht mächtiger sei als die übrigen und wolle, daß die Ver- en Staaten in Genua vertreten seien, da dies in Falle nichts schaden könnte.

Paris, 28. Januar. (E. C.)

e Erklärungen, die man von der amerikanischen erung wegen ihrer Teilnahme an der Wirtschaftskonferenz Genua erwartete, sind gestern abend noch nicht einge- fen. Präsident Harding erklärte im gestrigen ettsrat lediglich, es sei schwer, darüber zu entscheiden, die Politik der Vereinigten Staaten bezüglich der Konferenz Genua von der der übrigen Völker durchaus unterscheide. Im n Hause erklärte man, die **Konferenz von Genua weder ieben zu lassen, noch entmutigen zu wollen.**

ch der „Newyork Herald" erklärt in einer Meldung aus ngton, daß die Ablehnung der Vereinigten Staaten an der renz von Genua teilzunehmen, deren Aufschub nicht zur e haben werde. Dies sei auch gestern im Foreign Office t worden. Letzteres habe hinzugefügt, daß diese Konferenz in auptsache eine europäische Angelegenheit sei und stattfinden müsse. **Lloyd George sei jedenfalls ent- sen, sich persönlich nach Genua zu begeben,** doch wird glischen offiziellen Kreisen zugegeben, daß der Einfluß der einigten Staaten, ob sie nun an der Konferenz teil- en oder nicht, auf ihr vorherrschend sein werde. In nd glaubt man, daß die Ablehnung der Vereinigten Staaten Verantwortlichkeit Frankreichs in sich schlösse, ß die Absage der Vereinigten Staaten vielleicht ein wenig dis ängigkeit der französischen Politik einzudämmen vermöchte, rlich dann, wenn Präsident Harding in offizieller Weise die de bekanntgäbe, warum Amerika keine Abordnung auf die renz von Genua entsenden wolle. Man hofft, daß die Bekanntgabe dieser Gründe Frankreich wo nder Notwendigkeit überzeugen würde, sich dem englischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage enger anzuschließen.

Der englische Kabinettsrat über das französische Memorandum.

Ausarbeitung eines neuen Memorandums durch Curzon. — Gegen den Vorschlag einer Militärkonvention. — Die Frage des „nicht provozierten Angriffs".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 28. Januar.

Das englische Kabinett hat gestern über das Memorandum beraten, das der französische Botschafter Lord Curzon überreichte. Der geplante französisch-englische Schutzvertrag und der übrige Inhalt des Schriftstückes sind bereits bekannt geworden. Wenn man dem Londoner Vertreter des „Petit Parisien" Glauben schenken darf, so hat sich das englische Kabinett nicht veranlaßt gesehen, unmittelbar zu der Frage Stellung zu nehmen, sondern es ist beschlossen worden, in eine eingehende Prüfung einzutreten. Inzwischen soll aber Lord Curzon dem französischen Botschafter in großen Zügen mitteilen, in welchen Fragen die englische Regierung mit der französischen nicht übereinstimmt. Lord Curzon wird **alsdann ein neues Memorandum ausarbeiten,** das er am Dienstag in Paris Poincaré vorlegen will. An diesem Tage soll die Konferenz der verbündeten Außenminister über die Orientfrage beginnen. Der Berichterstatter des „Petit Parisien" und mit ihm der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" glauben versichern zu können, die englische Regierung wünsche vor allen Dingen eine Erklärung darüber, **wie der Begriff „nicht provozierter Angriff" aufgefaßt werden solle.** Man sei in London nicht geneigt, unter allen Umständen sofort den „casus foederis" als gegeben zu betrachten, wie es die französische Regierung vorschlage. Aus diesen Angaben geht hervor, daß die englische Regierung der französischen Auffassung sehr vorsichtig gegenüber steht. **England möchte nicht noch einmal durch eine Besetzung Frankfurts überrascht werden.** Auch von einer Militärkonvention, die zwischen den Generalstäben verabredet werden müßte, will die englische Regierung nicht viel wissen, weil eine solche Abmachung leicht zu einer Erhöhung des Effektivbestandes der englischen Armee führen könnte. Dafür ist nach Ansicht der Berichterstatter kein englisches Parlament zu haben. Das „Echo de Paris" glaubt, daß die Verhandlungen lange dauern werden. Frankreich müsse unter allen Umständen auch einen Schutz Polens durchsetzen.

London, 28. Januar. (E. C.)

Gestern gingen bei der französischen Botschaft in London auch die Noten ein, die die Auffassung des Quai d'Orsay in der Orientfrage, über die Regelung des griechisch-türkischen Konflikts und den Vertrag von Sevrès enthalten. Diese Noten werden von Lord Curzon sofort geprüft werden. Wahrscheinlich wird er noch heute darüber mit St. Aulaire sprechen. Montag wird sich der englische Kabinettsrat mit dem französischen Memorandum beschäftigen.

Die Antwortnote überreicht.

e die „P. P. N." hören, ist die deutsche Note in der Repara- rage heute mittag um 12 Uhr an den Vertreter der Garantie- ssion, den Vorsitzenden des Berliner Garantiekomitees, nenin, übergeben worden. Die Veröffentlichung ertes dürfte morgen früh erfolgen.

Die zweite Ratenzahlung.

31 Goldmillionen an die Entente.

e wir hören, hat die Reichsregierung gestern die ausländischen n zur Zahlung der heute fälligen zweiten Rate der rationsverpflichtungen im Betrage von 31 Mil- Mark an die Entente angewiesen. Wie wir bereits mit- hat die Regierung alle Maßnahmen getroffen, um auch die n Zahlungsfristen pünktlich inne zu halten.

Das Echo der Kanzlerrede in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 28. Januar.

„Petit Parisien" schreibt über die Rede des deut- Reichskanzlers: Man wisse in Frankreich, welche rigkeiten Dr Wirth habe; man sei auch angenehm überrascht dem politischen Geist der Mehrheitssozialdemo- traten. Aber man sei nicht weniger überrascht, weil die en, besonders die Partei der Schwerindustrie, aber auch die sche Volkspartei immer noch eine so große Macht n. Die Industrie scheue sich, die notwendigen Opfer zu n. Die Regierung jedoch und das Parlament setzten dem Ver- der Staatsbeamten und der Staatsarbeiter nach Er- ung der Gehälter und Löhne einen viel zu ge- Widerstand entgegen. (?) Für alle Beamten in öffentlichen n habe man in Deutschland großes Entgegenkommen. Nicht Worte, sondern durch Taten müsse man das französische berzeugen. So viele Versprechungen seien nicht gehalten wor- ß man nunmehr abwarten müsse, ehe man an eine Erfüllung n könne. Das gelte auch für die Zwangsanleihe und usgleich des Budgets, sowie die Einschränkung des unlaufs. Es wäre gut, wenn Deutschland begriffe, daß dies mütige Ansicht fast des gesamten französischen Volkes sei, ja sogar die Meinung derer, die in Frankreich dem demokratischen Block des Reichskanzlers Wirth einen bedeutenden Kredit eröffnet haben, und die noch immer der Ansicht seien, daß eine Befestigung des republikanischen Regimes in Deutschland eine wesentliche Bedingung für den europäischen Frieden bilde.

Eine ebenso abfprechende Kritik übt der Berliner Berichterstatter des Blattes an den Vorschlägen aus, die auf Grund der Abmachungen von Cannes der Reparationskommission übermittelt wurden. Man darf annehmen, daß diese Äußerungen von französischen maßgebenden Kreisen in Berlin inspiriert worden sind. Die Vorschläge seien ungenau und vermieden jede bestimmte Verpflichtung. Man lese aus ihnen nur hypothetische Angebote heraus. Die Krise in Deutschland, die durch das Steuerkompromiß ein Ende gefunden habe, beweise, daß man in deutschen politischen Kreisen augenblicklich nur zwei Sorgen hätte: um jeden Preis das Ministerium Wirth zu erhalten und ohne Zwischenfall nach Genua zu gelangen. Um das Kabinett zu retten, habe sich eine Hilfsmehrheit gebildet auf Grund einer Formel, die jede Partei in der Zukunft nach ihrer Art auslegen könne.

Die Rettung der Chinabank.

Am Dienstag Beginn der Budgetberatung in der Kammer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 28. Januar.

Die Kammer hat gestern den Gesetzentwurf angenommen, durch den die Rettung der Chinabank versucht werden soll. Ministerpräsident Poincaré gab die Erklärung ab, daß die Beträge, die Frankreich von der chinesischen Regierung auf Grund der Entschädigung aus dem Boxeraufstand zu bekommen habe, nicht ohne weiteres zur Sanierung der Chinabank verwendet werden sollen. Die Regierung werde vor jeder Verwendung von Geldmitteln erst das Parlament befragen und vor allen Dingen über das Ergebnis der Verhandlungen Bericht erstatten. Die Kammer wird am Dienstag die Diskussion über das Budget beginnen, bei der zunächst über die nach dem Vertrag von Versailles von Deutschland zu ersetzenden Ausgaben gesprochen werden soll. Nach Beendigung dieser Beratung steht das Gesetz über die Herabsetzung der militärischen Dienstzeit auf der Tagesordnung.

Studentische Verfassungskämpfe.

Von

Dr. Ernst Feder.

Der Ausschuß der Berliner Studentenschaft hat heute für die nächste Woche Wahlen zu einer neuen Berliner Studentenvertretung ausgeschrieben. Die Ausschreibung erfolgt lediglich von dem deutschvölkischen Hochschulring und wird von allen übrigen Gruppen der Studentenschaft abgelehnt. Auch die Studentengruppe der Deutschen Volkspartei wendet sich gegen die Teilnahme an den Wahlen.

Der Wirtschaftstypus des deutschen Studenten hat sich vollkommen verändert. Diese wirtschaftliche Entwicklung, die zu einer Proletarisierung, der Intelligenz führt, hätte sich vermutlich auch ohne die Katastrophen der letzten sieben Jahre vollzogen. Der Krieg und seine Nachwirkung hat sie beschleunigt und verschärft. Nach einer Aufstellung, die im vorigen Jahr gemacht wurde, lebten 80 000 deutsche Studenten unter dem Existenzminimum, 30 000 unter der Hälfte dieses Minimums. Damit ist ein Problem gestellt, das mit Sammlungen, Studentenspeisungen und ähnlichen Mitteln allein nicht gelöst werden kann, dessen Lösung aber die Voraussetzung unserer akademischen Zukunft bildet. In der Dresdener „Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft" ist bereits ein Zentrum geschaffen, das diese Problemstellung klar erkannt hat und den deutschen Studenten von dem Weg der Unterstützung auf die Straße der Selbsthilfe führen will. Neben anderen Bemühungen ist es vor allem der neue Wirtschaftstypus der Werkstudenten, an dessen Herausbildung dort gearbeitet wird, des Studenten, der durch Werkarbeit vor dem Studium und während der Hochschulzeit die Kosten des Universitätsbesuchs in der Hauptsache bestreitet.

Die Republik hat den Studenten eine Verfassung gegeben, die sie in die Lage versetzt, in ihrer Gesamtheit sich intensiv mit diesen Aufgaben zu beschäftigen. An jeder deutschen Hochschule sind alle Studenten ohne Rücksicht auf Fach, Glauben, Verbindungszugehörigkeit zu einer „Studentenschaft" vereinigt, die nach der Verordnung der preußischen Regierung ein verfassungsmäßiges Glied der Hochschule ist, und die Studentenschaften aller deutschen Hochschulen sind zur „Deutschen Studentenschaft" zusammengeschlossen. Man wäre aber im Irrtum, wollte man annehmen, daß auf dieser Grundlage in den vergangenen Jahren praktische Arbeit für die Lebensfragen der akademischen Bürger geleistet worden ist. Man hat sich im wesentlichen über Verfassungsparagraphen gestritten und diesen ganzen Streit unter den Gesichtspunkt einer einzigen unfruchtbaren Idee gestellt.

Der Psychiater kennt den Begriff der überwertigen Idee, jener Vorstellung, die sich wieder und wieder in den Vordergrund schiebt, alle anderen Vorstellungen und Werte zurückdrängt und sehr leicht in eine Wahnidee übergehen kann. Zu einer solchen überwertigen Idee ist im akademischen Leben der letzten Jahre die „völkische" Idee geworden, wobei sie freilich ihres positiven Inhalts meist entkleidet wird und sich in einem unklaren und unfruchtbaren Antisemitismus verliert. Diese geistlose Idee hat in den letzten Jahren in fast alle studentischen Beziehungen lähmend eingegriffen, zu einer Zerreißung der Kräfte geführt und den Boden der positiven Arbeit untergraben

Die Hauptschuld an diesen Zuständen, deren Unerträglichkeit allmählich in allen Lagern der deutschen Studentenschaft empfunden wurde, trägt der Deutsche Hochschulring. Diese Organisation, in der sich die reaktionären Gruppen der deutschen Studentenschaft sammeln, ist merkwürdigerweise aus einer Hochschulgemeinde hervorgegangen, die sich um die Ideen Fichtes, des großen Demokraten und Republikaners, scharte. Der Hochschulring behauptet offiziell, er habe mit Parteipolitik nichts zu tun. Tatsächlich ist er in der Hauptsache eine Filiale der Deutschnationalen Volkspartei geworden, mit deren Gruppen er schon hier und da gemeinsame politische Versammlungen veranstaltet. Besonders deutlich wird sein parteipolitischer Charakter in dem sogenannten Fördererausschuß, der zu seiner Finanzierung begründet wurde, und dem fast ausschließlich deutschnationale und rechtsradikale Persönlichkeiten, vielfach auch Parlamentarier, angehören. Merkwürdigerweise ist auch der der Deutschen Volkspartei angehörige preußische Finanzminister v. Richter in diese Gesellschaft geraten. Es ist gewiß kein Zufall, daß die Geschäftsstelle des Ausschusses zunächst im Hause Schellingstraße 1 war, in dem sich eine Reihe deutschnationaler Parteibureaus befindet, und in dem der Kapp-Putsch vorbereitet wurde.

Der Hochschulring hat dadurch, daß er in die studentischen Gesamtorganisationen überall parteipolitische und „völkische" Tendenzen trug, die sachliche Arbeit lahmgelegt. In den studentischen Verfassungskämpfen war das Streitobjekt die Bestimmung der Mitgliedschaft. Der großdeutsche Gedanke, der die gesamte deutsche Studentenschaft beherrscht, wollte alle Deutschen innerhalb des Reiches und außerhalb des Reiches umfassen. Für den Reichsdeutschen ist die Staatsangehörigkeit entscheidend. Aber der Streit entbrannte darüber, welche Merkmale für jene Studenten, die nicht Reichsdeutsche sind, maßgebend sein sollten. Auf dem Göttinger Studententag 1920 wurde die „deutsche Abstammung und Muttersprache" als ausschlaggebend bezeichnet — eine Lösung, die als Sieg des „völkischen" Gedankens gefeiert wurde und zu neuem Hader Anlaß gab. Aber schon auf dem folgenden Erlanger Studententag von 1921 wurde dieser Standpunkt verlassen. An die Stelle der deutschen Abstammung wurde die Zugehörigkeit zur „deutschen Nation" gesetzt, wobei der Begriff der Nation durch die Merkmale „Sprache, Geschichte und Kultur" erläutert wurde. Damit schien der Zankapfel beseitigt und die Grundlage für sachliche studentische Arbeit gegeben.

Aber die Lösung war zu vernünftig, als daß sie nicht Widerspruch gefunden hätte. Die Verfassung, die der Studententag mit großer Mehrheit beschlossen hatte, wurde